

Wie "Bild" gegen den Mindestlohn kämpft

Wenn sich die "Bild"-Zeitung gegen die Meinung der überwältigenden Mehrheit ihrer Leser stellt, lohnt es sich fast immer, genauer hinzuschauen. Rund 90 Prozent der Deutschen sind laut einer Umfrage von Infratest dimap für Mindestlöhne entweder in allen oder bestimmten Branchen. In "Bild" stand diese oder eine ähnliche Zahl nicht. Dafür aber seit drei Wochen Tag für Tag ein beeindruckendes publizistisches Trommelfeuer gegen Mindestlohn im Allgemeinen und bei den Briefzustellern im Besonderen.

"Bild", 19. September:



Nein, sagen Experten! Wirtschaftsweiser Prof. Wolfgang Franz zu BILD: "Die Erfahrung zeigt, dass Mindestlöhne Jobs kosten, vor allem bei den Geringqualifizierten. Ein Mitarbeiter darf ein Unternehmen nicht mehr kosten, als er der Firma einbringt. (...)"

Nach Berechnungen des Ifo-Instituts würde ein bundesweiter Mindestlohn von 7,50 Euro/Stunde rund 1,1 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland vernichten. (...)

Welche Folgen hätte der Mindestlohn für die privaten Post-Firmen?

Laut Branchenverband DVPT würden die Kosten der Betriebe dadurch deutlich steigen. Verbandschef Elmar Müller: "Von den rund 750 privaten Post-Unternehmen müßten 200 um ihre Existenz bangen." Tausende Jobs wären bedroht.

"Bild", 20. September:



"Bild", 26. September:

"Steuerbefreiung statt Mindestlohn!"

Prof. Ulrich Blum (54), Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle: "Forderungen nach Mindestlöhnen sind völlig falsch! Sie steigern erst Kosten, dann die Arbeitslosigkeit."

"Bild"-Kommentar, 29. September:

Mindestlöhne vernichten Arbeitsplätze!

(...) gesetzliche Mindestlöhne gefährden Arbeitsplätze. Das angesehene Ifo-Institut rechnet damit, dass die Einführung eines bundesweiten Mindesteinkommens mehr als eine Million Stellen vernichten könnte. (...)

Dass durch gesetzliche Mindestlöhne neue Jobs entstehen, ist ein Märchen. Das Gegenteil ist richtig!

"Bild", 1. Oktober:

Ein Mindestlohn für die Post-Branche würde bis zu 50 000 Arbeitsplätze vernichten, befürchtet das Bundeswirtschaftsministerium ("Spiegel").

"Bild", 4. Oktober:



BILD-Interview mit Florian Gerster (58), dem ehemaligen Arbeitsminister und Chef der Bundesagentur für Arbeit, heute Präsident des Arbeitgeberverbandes Neue Brief- und Zustelldienste

(...) Ein Mindestlohn von 9,80 Euro schützt nicht die Arbeitnehmer, sondern vernichtet Arbeitsplätze.

"Bild"-Kommentar, 4. Oktober:

... der arbeitsplatzfeindliche Mindestlohn ...

"Bild", 5. Oktober:

US-Nobelpreisträger warnt vor Mindestlohn

"Bild", 8. Oktober:



(...) Die privaten Postkonkurrenten warnten am Wochenende erneut davor, dass eine Mindestlohn-Höhe von bis zu 9,80 Euro pro Stunde

bis zu 50000 Jobs gefährdet.

"Bild"-Kommentar, 8. Oktober:

Auch einen Mindestlohn gibt es nicht zum Nulltarif. Wenn der Staat festsetzt, was ein Arbeitnehmer zu bekommen hat, wird mancher Chef seinen Laden zumachen müssen und Angestellte vor die Tür setzen. (...)

Mindestlohn ohne "Mindestgewinn" kostet Arbeitsplätze, belastet die Sozialkassen und würgt den Aufschwung ab.

In den ganzen drei Wochen lässt "Bild" keinen einzigen unabhängigen Experten zu Wort kommen, der sich für den Mindestlohn ausspricht. (Dabei gibt es es sie durchaus, und sie verweisen zum Beispiel auf die positiven Wirkungen, die der Mindestlohn auf den Arbeitsmarkt in Großbritannien und den USA gehabt habe.) Nur DGB-Chef Michael Sommer wird mit einem kurzen Plädoyer für den Mindestlohn zitiert.

Der "Bild"-Leser findet in dieser Zeit auch keinen Hinweis darauf, was "Bild" motivieren könnte, so massiv gegen den Mindestlohn zu kämpfen. Da gibt es eine einfache Antwort: Die Axel Springer AG, die "Bild" herausgibt, hat vor einem Vierteljahr für eine halbe Milliarde Euro die Mehrheit an der PIN-AG erworben, einem privaten Briefzusteller. Die PIN-AG ist mittlerweile der zweitgrößte deutsche Anbieter und hat mehr als 7000 Mitarbeiter.

Das ARD-Magazin "Report Mainz", berichtete gestern ausführlich über die Anti-Mindestlohn-Kampagne der "Bild"-Zeitung und anderer Springer-Blätter. Dort sagte der Bremer Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel, Springer spekuliere bei der PIN-AG auf Niedriglöhne, sonst gehe die Kalkulation des Unternehmens nicht mehr auf (PIN-Mitarbeiter berichteten gegenüber "Report Mainz" und "Plusminus" von Stundenlöhnen von unter 5 Euro.). Ein Sprecher der Gewerkschaft Ver.di sagte "Report Mainz", "der Druck auf die Journalisten" bei Springer, im Interesse des Post-Engagements des Verlages zu berichten, sei "sehr groß". Er sprach von "Aktionärsjournalismus".

Der von "Bild" in den vergangenen drei Wochen viermal in Sachen Mindestlohn zitierte Präsident des neuen

Wie "Bild" erklärt, die eigenen Interessen nicht offenlegen zu müssen

"Wenn über das Thema Mindestlöhne berichtet wird, ist das nicht ein Thema der PIN, sondern betrifft in erster Linie alle privaten Postdienstleister..."

"Bild"-Sprecher Tobias Fröhlich gegenüber "Report Mainz"

Arbeitgeberverbandes "Neue Brief- und Zustelldienste", Florian Gerster, ist übrigens laut "FAZ" auf Druck von Springer an diese Position gekommen.

Vielen Dank an alle Hinweisgeber!

Fortsetzung hier...

lupo am 9.10.07 um 20:50 in: Politisches Anzeiger

